

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Inge Hannemann, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu TOP 37

21/3696 Bericht des Haushaltsausschusses über Drs. 21/2839: Einzelplan 3.3 Kulturbehörde, Nachbewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2015/2016, Haushaltsjahr 2016 nach § 35 Landeshaushaltsordnung: „Fortgeschriebenes Nutzungskonzept für den laufenden Spielbetrieb von Elbphilharmonie und Laeiszhalle“ nach der Eröffnungsphase; Betrieb der öffentlichen Plaza; Planungen zur Inbetriebnahme und Eröffnung der Elbphilharmonie und Aktivierung der Musikstadt (Senatsantrag)

Betr.: Elbphilharmonie – Retten, was zu retten ist

Der Bau der Elbphilharmonie war ein Fehler, ein kostspieliger dazu. Darüber hinaus kann aber auch die Darstellung der Betriebskosten nicht überzeugen.

Die Drs. 21/2839 erklärt, dass *„rechnerisch jede Abendveranstaltung – unabhängig vom Veranstalter – im Großen Saal der Elbphilharmonie im Schnitt mit 14 Tsd. Euro subventioniert wird“*, weil die Stadt über die ELSG (Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH) die Kosten aus dem Facility Management übernimmt und nicht auf die Veranstalter/-in umlegt. Diese Berechnung erscheint allerdings willkürlich und untern komplex. Betrachtet man zum Beispiel auch die Bereitstellung des Saals beziehungsweise den Bau des Gebäudes mit öffentlichen Mitteln als Subvention, ergibt sich ein weit höherer Betrag. Die Herstellungskosten von 789 Millionen Euro verteilt über eine angenommene Nutzungsdauer von 50 Jahren bei 260 jährlichen Veranstaltungen ergibt rechnerisch eine zusätzliche Subvention von 60.700 Euro pro Veranstaltung. Zusammen mit den vom Senat genannten 14.000 Euro ergeben sich insgesamt 75.000 Euro als allabendliche Subvention, bei 2.000 Plätzen im Konzert sind das etwa 37,50 Euro pro Platz über einen Zeitraum von 50 Jahren.

Gegenwärtig werden die Betriebskosten mit 7,2 Millionen Euro angegeben. Dies stellt nicht nur eine Verdoppelung der im Jahr 2008 prognostizierten Kosten von 3,2 Millionen Euro dar, sondern liegt auch weit über den 5 Millionen Euro, die Senatorin Kisserler noch im Jahre 2013 als Obergrenze genannt hat. Für diese Erhöhung haben weder die Drucksache noch die Besprechungen in den Ausschüssen schlüssige Begründungen geliefert. In der Drucksache wird weiterhin (ohne Begründung) davon ausgegangen, dass diese Betriebskosten in wenigen Jahren auf 6 Millionen Euro reduziert werden können. Hier drohen weitere Kostensteigerungen und damit unbekannte Risiken für den Kulturhaushalt.

Die veranschlagten Kosten für die Vermietung der Säle sind auch im internationalen Vergleich sehr hoch, sodass es unklar bleibt, wie diese Betriebskostenkalkulation nach der Eröffnungsphase Bestand haben kann. Insbesondere werden diese finanziellen Probleme Druck ausüben auf das Preissystem, in dem auch zu günstigen Konditionen Karten erhältlich sein sollen. Die Aussagen zum Preissystem bleiben allerdings vage und sind angelehnt an die Preisgestaltung der Hamburger Staatsoper, was ein deutliches Zeichen dafür ist, dass hier kein Haus für alle geschaffen wird.

Zusätzlich droht ein Risiko für die Laeiszhalle, da mit der Eröffnung der Elbphilharmonie eine kräftige Erhöhung des Angebots in diesem Musiksegment stattfindet und wegen der Konkurrenzsituation ein geringerer Zuspruch der Laeiszhalle zu befürchten ist.

Zudem besteht bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt der gemeinsamen Betreibergesellschaft von Laeiszhalle und Elbphilharmonie die Gefahr, dass die positiven Ansätze der Kinder- und Jugendarbeit gefährdet werden könnten.

Eine Provokation stellt die Auseinandersetzung um den Zugang zur Plaza dar. Zu Beginn des Projektes Elbphilharmonie wurde damit geworben, dass es an diesem besonderen Ort in Hamburg einen öffentlichen Platz geben werde. Mittlerweile wurden dort Eigentumswohnungen und ein Luxushotel hochgezogen, als Mantelbebauung für ein Konzerthaus, das aller Voraussicht nach kein „demokratisches Haus für alle“ darstellen wird. Und jetzt verkündet diese Drucksache, dass ein Besuch der Plaza nur bis Ende der Saison 2017/2018 unentgeltlich möglich sein kann. Die Plaza jedoch muss öffentlich, frei und kostenlos zugänglich für alle Besucherinnen und Besucher der Elbphilharmonie bleiben, ob sie dort Veranstaltungen besuchen oder nicht.

Der erstaunliche Werbeetat von 10 Millionen Euro zusätzlich für die Eröffnungsphase weist darauf hin, dass es dem Senat weniger um die Entwicklung einer Kulturstätte geht als um das internationale Marketing der Stadt Hamburg. Denn die kritische Situation für die Spielstätten Elbphilharmonie und Laeiszhalle und damit verstärkter Marketingbedarf werden erst zwei bis drei Jahre nach der Eröffnung bestehen. Zu diesem Zeitpunkt auch noch die Subvention von 7,2 Millionen Euro auf 6 Millionen Euro zu kürzen ist fatal. Daher sollten die Betriebskosten von der Finanzbehörde übernommen werden, auch um das Versprechen des Senats einhalten zu können, dass die Elbphilharmonie nicht zulasten anderer öffentlich geförderter Kultureinrichtungen und Förderbereiche gehen wird.

Völlig unausgegoren ist darüber hinaus das derzeit gültige Verkehrskonzept. Wir halten jede Lösung mit einem Wendehammer vor der Elbphilharmonie für unpraktikabel und fordern eine Verkehrslösung, die den Verkehr über den Kaiserkai abfließen lässt. Der 15 Millionen Euro teure Neubau der Mahatma-Gandhi-Brücke löst das Problem nicht. Das Projekt reiht sich damit – wie bereits 2012 und 2013 von der Fraktion DIE LINKE bemerkt – in die Reihe von Verschwendungssucht, zweifelhaften Entscheidungsgrundlagen und mangelhafter Information des Parlaments, die das Elbphilharmonie-Desaster seit Beginn geprägt haben.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, folgende Punkte umzusetzen:

1. Die fehlenden Betriebskosten für die Elbphilharmonie werden von der Finanzbehörde ausgeglichen. Federführende, kontrollierende Behörde bleibt die Kulturbehörde.
2. Die Plaza bleibt kostenfrei zugänglich.
3. Der Bürgerschaft wird bis zum 30.06.2016 ein belastbares Verkehrskonzept für die Elbphilharmonie vorgelegt.